



Antrag

der Fraktionen von CDU und FDP

Fachkräftepotenziale besser nutzen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag begrüßt die Hilfestellung für kleine und mittlere Unternehmen zur Fachkräftegewinnung im Rahmen der Mittelstandsoffensive „Offensive für Wachstum und Beschäftigung in Mittelstand und Handwerk“. Er unterstützt die Zielsetzung des am 22.02.2011 gestarteten „Bündnis für Fachkräfte“, die systemisch wirkenden arbeitsmarkt-, bildungs- und integrationspolitischen Handlungsfelder gemeinsam mit Wirtschaft, Gewerkschaft und der Bundesanstalt für Arbeit zu vernetzen.
2. Der Landtag begrüßt die Maßnahmen der Bundesregierung, die Anerkennungsverfahren der im Ausland erworbenen Abschlüsse und Qualifikationen von zugewanderten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu erleichtern und den Kreis der Anspruchsberechtigten auszuweiten. Der Landtag sieht darin einen unerlässlichen Beitrag zu der Notwendigkeit, das Potenzial dieser Menschen besser zu nutzen und Deutschland für qualifizierte und zuwanderungswillige Menschen attraktiver zu machen.
3. Der Landtag bittet die Landesregierung, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass Erstanlaufstellen zur Beratung von Antragstellerinnen und Antragstellern sowie Nachqualifizierungsmaßnahmen finanziert werden, die notwendig werden, um eine Gleichwertigkeit mit deutschen Abschlüssen zu erreichen.
4. Der Landtag fordert alle beteiligten Akteure auf, die Anstrengungen im Bereich der Aus- und Weiterbildung zu intensivieren und dabei vor allem die vorhandenen Potenziale der hiesigen Bevölkerung entsprechend besser zu nutzen,

insbesondere bei den Frauen. In gleicher Weise sind die Potenziale bei bisher geringqualifizierten Menschen, Menschen mit Behinderung, Menschen mit Migrationshintergrund sowie Jugendlichen ohne Schulabschluss und älteren Arbeitnehmern zu realisieren. Ziel muss es sein, die in der Europa-2020-Strategie vereinbarte Beschäftigtenquote bei den 20- bis 64-Jährigen auf 75% zu steigern.

5. Der Landtag befürwortet die Arbeitnehmerfreizügigkeit im europäischen Binnenmarkt und begrüßt deren Ausweitung ab dem 01. Mai 2011 für die acht osteuropäischen Staaten, die seit dem 01. Mai 2004 Mitglied der Europäischen Union sind. Der Landtag bittet die Landesregierung, sich beim Bund und auf europäischer Ebene dafür einzusetzen, dass die Arbeitnehmerfreizügigkeit schnellstmöglich auf alle EU-Staaten erweitert wird.
6. Der Landtag bittet die Landesregierung, sich im Bundesrat dafür einzusetzen, dass die in § 19 des Aufenthaltsgesetzes (Niederlassungserlaubnis für Hochqualifizierte) geregelte Einkommensgrenze abgesenkt, der Zeitraum zur Suche eines Arbeitsplatzes nach § 16 Abs. 4 des Aufenthaltsgesetzes verlängert und die regionale Beschäftigungsbeschränkung nach § 39 Abs. 4 des Aufenthaltsgesetzes abgeschafft wird. Mittelfristig muss der Zugang von ausländischen Hochqualifizierten und Fachkräften zum deutschen Arbeitsmarkt systematisch an den Bedürfnissen des deutschen Arbeitsmarkts ausgerichtet und nach zusammenhängenden, klaren, transparenten und gewichteten Kriterien wie z. B. Bedarf, Qualifizierung und Alter gestaltet werden.

Johannes Callsen
und Fraktion

Christopher Vogt
und Fraktion